

Essen angestrebt und seit längerem bekannt war: er soll im Gegensatz zu Essen ein kleiner Katholikentag mit Arbeitscharakter sein. Durch seine Thematik „Gemeinde in der Kirche von heute“ sollen besonders die Mitglieder der pfarrlichen und diözesanen Räte gezielt angesprochen werden. Durch die Thematik und die Art seiner Durchführung soll er primär dem innerkirchlichen Dialog dienen und insofern auch die *Synode 72* mit vorbereiten.

Zu dieser selbst standen vornehmlich drei Punkte zur Debatte: die Fragebogenaktion, die am 20. April durch eine Pressekonferenz des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, *Kardinal Döpfner*, in Bonn offiziell gestartet wurde (vgl. ds. Heft, S. 193), die Wahlordnung für die Wahl der Synodenmitglieder und der vorläufige Terminplan. Erst wenn (im Frühsommer) die Diözesanvertreter gewählt sein werden, werde das Zentralkomitee die von ihm zu entsendenden 40 weiteren Mitglieder wählen. Erst im Novem-

ber 1970 würden dann die Berufungen durch die Bischofskonferenz erfolgen. Für die Wahl der vom Zentralkomitee zu wählenden Synodenmitglieder wurde eine eigene Wahlordnung diskutiert, aber noch nicht verabschiedet.

Ein eigener Bericht wurde zur Frage der *Scheidungsreform* verlesen, wobei die wesentlichen Elemente der Stellungnahme des Arbeitskreises für Eherecht beim Katholischen Büro (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 173) wiederholt wurden. Zum gleichen Thema wurde zum Zweck einer differenzierteren Meinungsbildung in der Bevölkerung für den 6. Juni 1970 eine Sondertagung nach Bad Honnef einberufen, an der neben dem Arbeitskreis für Ehe und Familie des Zentralkomitees die Geschäftsführer der Diözesanräte und Vertreter der Berufsverbände für Sozialarbeit und Familienpflege teilnehmen sollen. Die 1970 fällige Überprüfung des Statuts des ZdK wurde auf Beschluß der Vollversammlung um ein Jahr verschoben.

das Christentum in der modernen Gesellschaft wirksamer als bisher wahrnehmen könne. Erschienen waren hierzu etwa 100 Teilnehmer, wesentlich mehr als erwartet worden war und als für eine ergebnisreiche Diskussion förderlich gewesen wäre, denn einerseits war der Kreis der Teilnehmer zu heterogen, um schnell zu einer Verständigung und zu einer einheitlichen Sprache finden zu können, und andererseits war einer der beiden Dialogpartner abwesend: die Amtskirche, deren Vertreter ständig angesprochen und deren Amts- und Machtgebrauch unentwegt kritisiert wurden.

An *konkreten Aufgaben* für die Paulus-Gesellschaft in der nächsten Zeit wurden genannt: Die Paulus-Gesellschaft solle zur Bildung eines kritischen Bewußtseins der Christen auf allen Ebenen beitragen; sie solle aus wissenschaftlich begründeten Einsichten Positionen entwickeln und nötigenfalls gegenüber der Amtskirche die Stimme der Opposition zu Gehör bringen, z. B. durch Veröffentlichung von Gutachten, die sich durch rationale Begründung und strenge Sachlichkeit fern aller bloßen Emotionalität auszeichnen müßten; die Initiative und Koordination solcher Veröffentlichungen sollte in den Händen eines demokratisch gewählten Publikationskomitees liegen; zur Steigerung der Effizienz solle die Paulus-Gesellschaft mit anderen Gruppen in der Kirche zusammenarbeiten; sie solle auf die Synode 72 Einfluß nehmen und Fragen, die dort verhandelt werden, erörtern; zur Bearbeitung von Einzelfragen sollten Arbeitskreise mit je bis zu sechs qualifizierten Mitgliedern eingesetzt werden, die Memoranden erarbeiten, welche dann vom Plenum der Paulus-Gesellschaft zu verabschieden wären.

Dieses Suchen nach neuen Aufgabenstellungen ist aus dem Bestreben der Gesellschaft zu verstehen, wissenschaftliche Gesprächsergebnisse in konkrete gesellschafts- und kirchenpolitische Imperative umzusetzen. In diesem Sinne versteht sie sich nicht nur als Mittler zwischen wissenschaftlicher Theorie und kirchlich-gesellschaftlicher Praxis, sondern auch als geeigneter Makler zwischen den Amtsträgern der Kirche und den innerkirchlichen Oppositionsbewegungen. Diese Funktion wurde bisher allerdings nur insoweit erfüllt, als man diesen Bewegungen ein honori-

Zur Kronberger Tagung der Paulus-Gesellschaft

Unter dem Doppelthema: Christentum und moderne Gesellschaft — „Kirche der Zukunft in einer emanzipierten Gesellschaft“ veranstaltete die Paulus-Gesellschaft ihre diesjährige Frühjahrstagung vom 20. bis 22. März in Kronberg/Taunus. Der Tagung ging eine Konferenz in kleinerem Kreise voraus, in welcher die weitere Entwicklung der Paulus-Gesellschaft beraten werden sollte. Diese neu einsetzende *Selbstreflexion* muß auf dem Hintergrund der bisherigen Geschichte der Paulus-Gesellschaft verstanden werden.

Im Jahre 1954 begann eine kleine Gruppe von *Theologen und Naturwissenschaftlern* das — zunächst noch gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmte — Gespräch über Fragen, die diese beiden Wissenschaften betreffen. Erst später folgte der Schritt in die Öffentlichkeit, den zwanzig stattliche Bände der „Dokumente der Paulus-Gesellschaft“ bezeugen. In einer dritten Phase begann das *Gespräch mit den Marxisten*, welches zu Anfang ein durchaus noch riskantes Wagnis war und über das in dieser Zeitschrift seinerzeit ausführlich berichtet wurde (vgl. Herder-Korrespondenz, 19. Jhg., S.

414 ff., 20. Jhg., S. 277 ff. und 21. Jhg., S. 252). Aber auch dieser Dialog hat ein gewisses Ende gefunden, bedingt sowohl durch eine partielle Abklärung der beiderseitigen Standpunkte als auch durch eine den Dialog beendende Verhärtung im Lager der Marxisten des Ostblocks, die in der Okkupation der ČSSR und deren Folgen den deutlichsten Ausdruck fand. Seit zwei Jahren, seitdem sich die Paulus-Gesellschaft auch verstärkt *kirchen- und theologiepolitischer* Aspekte annimmt, ist das Selbstbewußtsein in der Paulus-Gesellschaft nun in einer Umformung begriffen. Eine etwas krisenhafte Stimmung zeigte sich zum erstenmal auf der Bonner Herbsttagung 1968 zum Thema Jugendrevolte, bei der es zum vorzeitigen Abbruch kam, sodann auf der Frühjahrstagung 1969 in Tübingen mit dem Thema „Autoritäre Strukturen in Kirche und Gesellschaft“ (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 269 ff.).

Auf der Suche nach Aufgaben

In der *Vorkonferenz* sollte daher die Frage erörtert werden, wie die Paulus-Gesellschaft ihre Funktion für

ges Forum zu bieten vermochte, um seine eigene Position zu formulieren. Zum Geschäft des Maklers gehört auch die Vermittlung nach der anderen Seite, zur Amtskirche hin. Es scheint, daß man in dieser Richtung aus der letzten Tagung gelernt hat und auch von seiten der Hierarchie (trotz Kritik an einzelnen Veranstaltungen und Deklarationen) die Bereitschaft, sich an Gesprächen zu beteiligen, wächst.

Ein Phänomen und ein Problem

Man sah also, daß es mögliche Aufgabenbereiche für die Paulus-Gesellschaft in Hülle und Fülle gibt, es fragte sich nur, wie geschickt und effizient sie in Angriff genommen werden. Diese Frage ist allerdings nicht unabhängig von der *inneren Struktur* der Paulus-Gesellschaft zu lösen, die auf dieser Tagung in einem Maße, wie es bisher noch nie der Fall war, einer Kritik unterzogen wurde. Die Paulus-Gesellschaft sei ein „getreues Abbild jener Kirche, deren Strukturen sie kritisiert“. Dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Paulus-Gesellschaft wurde von Prof. F. Kienecker (in ziemlich unexaktem Germanistenfranzösisch) der Satz: „La société pauline c'est moi!“ in den Mund gelegt mit dem Hinweis, hier liege das eigentliche Problem der Paulus-Gesellschaft, die (wenn auch auf Grund ihrer Natur) viel zu sehr die (zwar höchst aner kennenswerte) Tat eines Mannes sei. Sie besteht aus weniger als zehn echten Mitgliedern, die den Vorstand bilden, innerhalb dessen jedoch der geschäftsführende Vorsitzende sehr oft allein handelt und wohl auch handeln muß; daneben gibt es zwei Beiräte, die aber nichts zu beschließen und nur wenig Kontakt mit dem Vorstand haben; schließlich gibt es etwa 500 „Freunde“ der Paulus-Gesellschaft, die hin und wieder die Tagungen besuchen, deren Mitarbeit jedoch in keiner Weise geregelt ist. Das Unbehagen, welches diese Struktur der Paulus-Gesellschaft bei den „Freunden“ schon oft erregte, kam diesmal sehr deutlich zum Ausdruck. Wenn die Paulus-Gesellschaft in der Kirche und in der modernen Gesellschaft effizient werden und Einfluß geltend machen wolle, dann dürfe sie sich nicht auf die Veröffentlichung von Vorträgen und überlangen Diskussionen beschränken, deren Echo bisher in der Gesellschaft erschreckend

gering und in der Amtskirche gleich Null war, weil die Hierarchen „wesentlich von der Macht her denken“ und „nicht im Traum“ bereit seien, aus Einsichten Konsequenzen zu ziehen, wenn diese nicht ins alte Konzept passen; vielmehr brauche sie unbedingt eine demokratische Verfaßtheit, in der alle „Freunde“ zu Mitgliedern werden, die einen Beirat zählen und einen Vorstand wählen, der dann erst berechtigt sei, im Namen der Paulus-Gesellschaft zu sprechen. Die maßgebenden Sprecher des Vorstandes taten jedoch unmißverständlich kund, daß mit einer Demokratisierung der Paulus-Gesellschaft in diesem Sinne nicht zu rechnen ist. Der *bisherige Erfolg* der Paulus-Gesellschaft legitimiere die Beibehaltung der geltenden Struktur, in der die Kompetenzen sehr oft unklar sind, weshalb der Vorstand in einer „permanenten Ach- und Krach-Situation“ arbeiten müsse. Dies sei die Schwäche und *zugleich* Stärke der Paulus-Gesellschaft, deren Arbeitsgrundlage und Aktionsmotor *allein* die „Freundschaft“ sei und deren Effizienz *allein* vom Engagement der einzelnen Mitglieder abhängt. Die in ihrer Mitgliederschaft sehr heterogene Paulus-Gesellschaft werde auseinanderbrechen, wenn die „Freundschaft“ nicht mehr das einzige bindende Element sei. Da die vom Vorstand beschlossene Beibehaltung der bisherigen Struktur für die Arbeit der Paulus-Gesellschaft am besten und somit sicherlich auch im Sinne aller Mitglieder sei, sei sie auch am demokratischsten.

Grundlinien einer Strategie

In der Haupttagung, die unmittelbar an die Vorkonferenz an schloß und an der gut 300 Personen teilnahmen, wurde sehr viel Kritik, häufig mit Emotionen überladen, an der Amtskirche vorgetragen. Die Priestergruppen aus Deutschland, Holland und Österreich waren vertreten. Viele prominente und unbekanntere „Priester ohne Amt“ waren anwesend und berichteten von ihren oft leidvollen Erfahrungen mit der Amtskirche, wobei manche erlittene Frustration in Thesen und Forderungen objektiviert wurde. Hierüber kann an dieser Stelle nicht ausführlich berichtet werden. Wir beschränken uns daher vornehmlich auf die kurze Wiedergabe der Referate. Das wohl wichtigste hielt Prof. O.

Schreuder, Nijmegen, über das Thema: „Kommunikation und Opposition in der Kirche“, der zwar nichts umwerfend Neues vortrug und auch nicht allzusehr differenzierte, der aber wegen der Klarheit und Kürze des Referats besonders gut „ankam“.

Schreuder führte seine Gedanken in vier Punkten aus: 1. Das *Problem des Dialogs in der Kirche* steht mit dem *Autoritätsproblem* in Verbindung. Der Dialog kann nicht ohne Reform der Autorität erneuert werden. Die Autoritäten lenken den Informationsfluß von oben nach unten, indem sie über die Weitergabe von Informationen bestimmen; sie lenken aber auch den Informationsfluß von unten nach oben, weil in dieser Richtung nur Informationen gegeben werden, wenn und insoweit deren Weitergabe straffrei bleibt. Der Hierarch hält sich immer für bestens informiert. Faktisch beschränkt sich in der Kirche der Informationsfluß von oben nach unten auf die Erteilung von Befehlen und in umgekehrter Richtung auf die Kontrolle über die Ausführung der Befehle. Die Folge dieser Strukturierung des Informationsaustausches ist die Unfähigkeit zur Reform.

2. Der Dialog in der Kirche hängt mit der *innerkirchlichen Bürokratisierung* und dem Modus der Rekrutierung der kirchlichen Spitzenfunktionäre zusammen. Je mehr Geld in der Kirche vorhanden ist, um so mehr Bürokratie mit all ihren vielen „Dienstwegen“ bildet sich. Zugleich wird der Informationsfluß anonym, indirekt und apersonal. Auskünfte von unten nach oben werden nur an Hand bürokratisch vorgefertigter Antwortschemata eingeholt. Die Spitzenfunktionäre der Kirche werden vorrekrutiert und von oben eingesetzt; die Bischöfe stammen oft aus fremden Bistümern und kennen die Verhältnisse innerhalb ihres Sprengels kaum. Zugleich werden sie von der übergeordneten Autorität danach ausgewählt, wie systemkonform sie sind. Ein echter Dialog ist also ohne Reform der Bürokratie und des Rekrutierungswesens nicht möglich.

3. Das hinter den in den beiden vorausgegangenen Aspekten liegende *Kernproblem* ist, daß die Spitze der Hierarchie infolge ihrer Position innerhalb des Systems notwendig Wandlungen gegenüber skeptisch eingestellt ist, denn ihre Aufgabe ist es ja, das System aufrechtzuerhalten.

Das Hauptinteresse der Hierarchie ist die Disziplin, Reform erscheint ihr als unverantwortliches Wagnis und Selbstpreisgabe. Daher darf nur über von oben zur Diskussion freigegebene Themen gesprochen werden. Daraus folgt, daß Reformen nicht von oben initiiert, sondern allein von unten betrieben werden können, und zwar durch innerkirchliche Opposition.

4. Innerkirchliche *Opposition* kann nur dann effektiv und glaubwürdig sein, wenn sie sich solidarisiert, „gewaltlos“ vorgeht und mit einer materiellen Basis ausgestattet ist. Es geht um die Frage, ob die Kirche als ein sakrales System mit eigenem Recht und komplizierter Bürokratie weiterexistieren oder ob sie Glaubensboten ein soll. Wenn sie letzteres ist, muß ersteres von Grund auf reformiert werden. Die innerkirchliche Opposition, die diese Reform vorantreiben will, muß am richtig verstandenen Wesen der Kirche orientiert sein. Diese Opposition soll scharf vorgehen; sie muß jedoch dialogbereit bleiben, sonst wäre sie unevangelisch. Außerdem soll die Opposition nicht individualistisch, sondern solidarisch in Gruppen vorgehen, wobei die einzelnen Gruppen untereinander den Dialog pflegen und bereit sein müssen, sich korrigieren zu lassen. Schließlich ist für die Wirksamkeit der Opposition eine gewisse materielle Basis unentbehrlich, besonders im Hinblick auf die Priester, die oppositionell werden. Insgesamt aber muß die Opposition auf die ganze Kirche gerichtet sein. Von den übrigen auf der Tagung gehaltenen Vorträgen seien noch folgende erwähnt.

Prof. J. B. Metz, Münster, sprach über „Kirchliche Autorität vor dem Anspruch der Freiheit“. Die Kirche habe die Auseinandersetzung mit der Aufklärung verweigert und ihre Autorität in die Isolierung gebracht. Der Anspruch der Freiheit erfordere von der Kirche die Ersetzung der patriarchalischen Vaterautorität durch die Autorität des Zeugen, die durch Vorbildlichkeit, Verlässlichkeit und Treue wirkt.

Prof. F. Kienecker, Paderborn, betonte in seinem Vortrag „Konstruktiver Widerspruch als Funktion des offenen Dialogs“, daß ein auf Sachargumenten aufbauender („offener“) Dialog den konstruktiven (d. h. den Informationsstand verbessernden und neue Möglichkeiten des Han-

delns aufzeigenden) Widerspruch braucht. Wer den Widerspruch nicht rational verarbeitet, sondern emotional austrägt, handele infantil. In der Kirche müsse unter Umständen die Opposition gegen das Amt institutionalisiert werden.

Prof. H. Halbfas, Reutlingen, wollte unter dem Thema „Christliche und unchristliche Funktion der Kirche in der Gesellschaft“ seine persönlichen Erfahrungen mitteilen und bisher häufig verdrängte Einsichten artikulieren. Er kritisierte die Immobilität und Wandlungsunfähigkeit des kirchlichen „Herrschaftssystems“, analysierte die „auf die Dauer tödliche“ Isolierung der Amtskirche von der Gesellschaft und die Rechtsstruktur der in ihrer Tätigkeit großenteils „unchristlichen und antihumanen“ Kirche und stellte „als Versuch einer Prognose“ die These auf: „Der Apparat ist stark genug, um sich noch ein Menschenalter zu behaupten. Aber vielleicht sind die siebziger und achtziger Jahre vor uns der letzte Kairos für eine Zukunft des Evangeliums in unserer Gesellschaft.“

Halbfas blieb mit seinen zu persönlich, „zeugnishaft“ getönten Thesen unter dem Niveau seines aggressiven, aber durchaus diskutablen Tübinger Referats vom Mai 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 269). Wenn er dennoch stärker als andere Referenten die Szenerie beherrschte, lag dies wohl am kontestatären Tagungshintergrund und am gedämpften Diskussionswillen der anderen theologischen Partner. Das nicht sehr konzentrierte Referat von W. Weymann-Weyhe (Hannover) zum Thema Glaubwürdigkeit stieß in der Diskussion auf kräftigen Widerspruch. Prof. H. Schäfer (Heidelberg) verzichtete darauf, seine schriftlich vorgelegten Thesen über „die Naturwissenschaften und die Zukunft der Religion“ vorzutragen.

Die Kronberger Erklärung

Eine Neuheit für den Stil der Paulus-Gesellschaft gab es in Kronberg insofern, als eine „Erklärung“ verabschiedet wurde. Sie wurde vom Vorstand unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Tagungsteilnehmer formuliert. Sie war primär adressiert an den Episkopat, wurde aber auch der Presse übergeben, die allerdings bisher wenig Notiz von ihr nahm. Außerdem artikuliert sie auf ihre Weise die neue Zielsetzung der Pau-

lus-Gesellschaft. Nach längerer Debatte über den Modus der Annahme wurde sie mit etwa Vierfünftelmehrheit verabschiedet. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die christlichen Kirchen, insbesondere die katholische Kirche, leiden an der Schwierigkeit, Probleme der modernen Welt in ihrem Bereich zu bewältigen. Zu den Ursachen dieser Schwierigkeit gehört die autoritäre Verfassung der Kirche, die ihrer wirklichen Autorität heute auf fast paradoxe Weise im Wege steht. Um diese Schwierigkeit zu bewältigen, halten wir es für unerlässlich, daß in der Kirche, insbesondere zwischen Kirchenführung, Priestern und Laien, ein offener Dialog geführt wird. Der offene Dialog, der mit Nachdruck gefordert wird, begünstigt mehr als alle anderen Veranstaltungen, durch die Wechselwirkung zwischen verschiedenen, sich informierenden Systemen, eine optimale Information und deren logische Verarbeitung als Grundlage kritischer Meinungsbildung. Deshalb ist der Dialog die heute dem Menschen angepaßte Form, eine wirksame Korrektur von Strukturängeln zu bewirken. Insbesondere in Hinsicht auf die kommende Synode stellen sich bestimmte dringende Anliegen. In der Kirche sollen Autorität und Freiheit in einer dem Christentum gemäßen Weise in Spannung gehalten werden. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, neue Formen des Lebens und des Aufbaus der Kirchen zu durchdenken, damit folgende Ziele erreicht werden: 1. eine in Lehre und Verkündigungspraxis befriedigende Anpassung an die sich in ihrem Selbstverständnis rasch und irreversibel wandelnde Welt; 2. eine Autorität, die durch das Zeugnis in dieser Welt wirkt; 3. Abschaffung aller sozialen Diskriminierungen von Minderheiten (Mischehen, soziale Stellung Geschiedener und der Priester ohne Amt; wir erinnern an die Mißstände in Italien). Theologische Ausbildung nicht vorwiegend in veralteten philosophischen Systemen, sondern auch an einem modernen, für unsere Zeit relevanten Bildungsstoff und in einer nicht isolierten Umwelt; 5. Änderung der Funktion von insuffizienten Strukturen, z. B. durch andere Methoden der Bischofswahl, durch Repräsentanz von unten u. a. m. nach Grundsätzen, die eine Reform der Kirche überhaupt erst ermöglichen; 6. Ermutigung von Ver-

suchen, neue Formen der religiösen Praxis zu finden und zu erproben. Die Kirchen sollten solche Strukturen, Dekrete, Verlautbarungen und Enzykliken überprüfen, die im Bewußtsein der heutigen Welt unzuweckmäßig oder untragbar geworden sind. Dazu gehört eine Diskussion über den Zölibat, der weder sakrosankt noch — wie sich historisch beweisen läßt — mit dem Priesteramt notwendig verbunden ist. Dazu gehört eine radikale Neubesinnung in der Einstellung zur Frau. Die

Die letzte Sitzung des holländischen Pastoralkonzils

Nur drei Monate nach der folgenreichen fünften Session trat das Niederländische Pastoralkonzil vom 5. zum 8. April 1970 zu seiner letzten Plenarversammlung zusammen. Die Auseinandersetzungen um das Zölibatsvotum des Pastoralkonzils und die darauffolgende Erklärung der niederländischen Bischöfe vom 19. Januar 1970 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 134) lagen noch zu nahe, um nicht das Klima der letzten Session entscheidend mitzuprägen. Die zwischen Rom und Holland aufgetretenen *Spannungen* waren sichtlich noch nicht abgebaut und hatten sehr grundsätzliche Fragen nach der Bedeutung des Pastoralkonzils wach werden lassen. Auf der Liste der Geladenen vom 20. März schien der Nuntius, Erzbischof *A. Felici*, zwar noch auf, doch wurde seine Abwesenheit bei der Session mit keinem Wort mehr erwähnt. Die Taktik Roms scheinete sich auf Aufschieben und Abschieben zu richten. In diesem Licht sei „eine neue Standortbestimmung des Pastoralkonzils höchst wünschenswert“, meinte „de bazuin“ (5. 4. 70). Eine solche *Standortbestimmung* wurde von den Konzilsteilnehmern auch in einer anderen Hinsicht erwartet: Die Frage, was aus dem Pastoralkonzil nach seiner letzten Sitzung wird, stellte einen zweiten Unsicherheitsfaktor dar; einerseits sind bis heute das Gewicht und die Wirksamkeit der vom Pastoralkonzil verabschiedeten Rapporte nicht ganz geklärt und werden sich auch nicht klären lassen; andererseits war es schwer vorstellbar, daß ein derartiger Beratungsvorgang einfach zum Stehen gebracht werden

Paulus-Gesellschaft ist wie bisher bereit, diesen Dialog zu führen; sie wird zur Lösung der hier angesprochenen Fragen Aktionen einleiten oder unterstützen, sofern sie ein konstruktiver Beitrag zur Lösung solcher Fragen sind. Sie erwägt, in bestimmten Fällen bis zum Aufruf zu konstruktivem Widerstand zu gehen. Wir fühlen uns zu dieser Erklärung veranlaßt, weil wir um die Glaubwürdigkeit der Kirchen fürchten und davor warnen, die Gefahr zu unterschätzen.“

sollte. Die Frage nach einer Fortsetzung des Pastoralkonzils stellte sich um so dringender, als einige Vorlagen zurückgewiesen und nicht wieder behandelt und andere, darunter die Vorlage zur „Liturgie“, nicht rechtzeitig fertiggestellt worden waren.

Das Zölibatsproblem wirkte nach

Somit zogen sich Probleme, die nicht ausdrücklich auf der Tagesordnung standen, wie ein roter Faden durch die Beratungen dieser letzten Session. Kardinal *Alfrink* widmete einen großen Teil seiner Eröffnungsansprache den Reaktionen auf die Zölibatsklärung der Bischöfe vom 19. Januar. Er betonte, daß es sich bei allem, was das Pastoralkonzil beschloß, ausschließlich um Empfehlungen handelt. Um überdies jeden Anschein zu vermeiden, die Bischöfe handelten unter dem Druck der Versammlung, hätten sie mit ihrer eigenen Stellungnahme zwei Wochen zugewartet. Aber auch in dieser Stellungnahme, so hielt *Alfrink* häufigen Mißverständnissen entgegen, sei „keine Rede von einem Abschaffen des priesterlichen Zölibats. Die Absicht dieser Erklärung lag ebensowohl darin, den evangelischen Wert des Zölibats in der Priesterschaft zu bewahren, wie auch die Möglichkeit des verheirateten Priestertums darzulegen.“ *Alfrink* sprach von der Verbundenheit des niederländischen Episkopats mit dem Papst, die sich „auf unseren Glauben und auf unsere aufrichtigen Gefühle von Ehrfurcht, Treue und Anhänglichkeit stützt“. Eine so wichtige Angelegenheit, wie

es die Frage des Zölibats darstellt, könne nur in Beratung mit dem Papst und der Weltkirche geregelt werden. „Einseitig und eigenmächtig getroffene Maßnahmen und Beschlüsse würden uns isolieren und der Gemeinschaft in der Kirche ernststen Schaden zufügen. Das kann nicht die Absicht einer lokalen oder partikularen Kirche sein, und die Erklärung der Bischöfe vom 19. Januar dieses Jahres ebenso wie die Empfehlungen der vorigen Plenarsitzung dieses pastoralen Beratungsgremiums stellen klar, daß die niederländische Kirchenprovinz keinesfalls eine derartige Absicht hat oder hatte.“ Er bezweifle aber, ob das überall und immer richtig verstanden worden sei. Über konkrete Schritte zur Einleitung eines *Gesprächs mit Rom* wollte *Alfrink* noch keine Details bekanntgeben. Entgegen der Feststellung von „de bazuin“ in der am Eröffnungstag erschienenen Nummer, Rom wolle die Sache auf die lange Bank schieben, teilte *Alfrink* mit, es seien bereits Kontakte geknüpft und diese Kontakte würden fortgesetzt; „Sie werden verstehen, daß das nicht bedeutet, das Problem sei auf die lange Bank geschoben“. Erst eine Meldung, die die katholische Tageszeitung „de Volkskrant“ (7. 4. 70) auf der Titelseite brachte, veranlaßte den Kardinal zu einer genaueren Darstellung der bisherigen Initiativen. Er bestätigte die Zeitungsmeldung, die von seinem Treffen zu geheimen Gesprächen mit Kardinalstaatssekretär *J. Villot* in Paris (nach „Le Monde“, 9. 4. 70, am 7./8. März in der Pariser Nuntiatursbericht) berichtete, und wies auf die verschiedenen Begegnungen mit ausländischen Bischöfen hin (u. a. mit einer Gruppe deutscher Bischöfe am 23. März in Kevelaer), die dazu geführt hätten, Mißverständnisse auszuräumen.

Die letzten Entwürfe

Drei Berichtsentwürfe standen bei dieser letzten Session noch zur Debatte: „Fragen um die Verkündigung“, der Vorlagenentwurf der ökumenischen Kommission unter dem Titel „Die Einheit, die der Herr wirkt“ und ein schmaler Entwurf über „Das Verhältnis zwischen Juden und Christen“. Dazu kamen sechs pastorale Empfehlungen, die die Kommission „Friede“ im letzten Augenblick fertiggestellt und der Versammlung mit dem ausdrück-